

Deutsches Versagen im Fall Khashoggi

Da haben sich zwei gefunden, die gegenseitig perfekt ihre Bedürfnisse befriedigen: Hier Deutschland, der nach den USA, Russland und Frankreich viertgrößte Waffenexporteur. Und dort Saudi-Arabien, der größte Waffenimporteuer im Nahen und Mittleren Osten und der zweitgrößte Waffenimporteuer weltweit. Schade nur, dass es jetzt so viel Öffentlichkeit um das einträchtige Geschäftemachen zwischen beiden gibt. Das stört. Um diese zu beschwichtigen, heißt es auf der Homepage des Bundeswirtschaftsministeriums, dass man sich bei Rüstungsexporten besonders strenge Regeln auferlegt und sich fragt, ob die Güter für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden oder zur Verschärfung von Krisen beitragen. Richtig! Aber stimmt das im Falle Saudi-Arabiens? Da sind mehr als Zweifel angebracht.

Die von Saudi-Arabien geführte Kriegsallianz gegen die Huthi im Jemen hat laut UN zu der derzeit schlimmsten humanitären Katastrophe weltweit geführt. Drei Viertel der Bevölkerung sind auf internationale Hilfe angewiesen, ein Viertel hungert. Obwohl es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU vom März 2018 heißt, dass „ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigt [werden], solange diese unmittelbar am Jemenkrieg beteiligt sind“, wurden seither Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien im Wert von 254 Millionen Euro bewilligt. Seit Ernennung von Mohammad bin Salman zum Kronprinzen im Juni 2017 haben Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien massiv zugenommen. Und nun der Fall Khashoggi. Der saudische Journalist, einst zum System gehörend, hatte sich zunehmend kritisch über das antiiranische und militärische Engagement Saudi-Arabiens im Jemen geäußert. Er lebte deswegen seit Sommer 2017 in den USA. Am 2. Oktober 2018 betrat er die saudische Botschaft in Istanbul. Was dann geschah, darüber gibt es unterschiedliche Angaben. Sicher aber ist, dass Khashoggi ermordet wurde und seine Leiche bis heute verschwunden ist.

Der Fall Khashoggi steht für ein grundsätzliches Problem im Umgang Deutschlands mit der arabischen Welt. Auf der einen Seite proklamiert man gern seine westlichen Werte, man betont Demokratie und Menschenrechte als normatives Fundament der deutschen Außenpolitik. Auf der anderen gibt es machtpolitische und wirtschaftliche Interessen, die mit diesen Werten nicht in Einklang zu bringen sind. So hat der Jemenkrieg,

an dem das saudische Königreich maßgeblich beteiligt ist, die deutsche Politik keineswegs zu einem Stopp von Waffenlieferungen bewegen. Siemens-Chef Joe Kaeser verkörpert dieses Dilemma. Nachdem er im Oktober 2018 eine Reise nach Saudi-Arabien abgesagt hatte, nahm er Ende November schließlich doch an einer Veranstaltung des staatlichen Ölkonzerns Saudi Aramco teil. Andere Chefs von internationalen Großbanken und Unternehmen hatten dagegen abgesagt. Dass es den Fall Khashoggi braucht, um die Bundesregierung zur Einstellung ihrer Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien zu bewegen, zeigt was der deutschen Außenpolitik fehlt: eine konsistente Strategie, die den Mut aufbringt, Werte vor Wirtschaftsinteressen zu stellen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall! Anstatt sich kritisch mit der Reformpolitik des saudischen Kronprinzen auseinanderzusetzen, den Anteil deutscher Waffenlieferungen zu überprüfen und realistische außenpolitische Ziele für den Nahen Osten zu formulieren, begnügt sich der deutsche Außenminister Heiko Maas mit der Forderung, man möge den Fall schnellstmöglich aufklären. Auch die jüngst verhängten Einreiseperrnen für 18 saudische Staatsangehörige sind eine Farce.

Deutschland sollte sich im Umgang mit Saudi-Arabien keinen Illusionen hingeben. Erforderlich ist die Formulierung von Interessen, die im Einklang mit dem eigenen Wertekanon stehen. Diplomatie und die Exportstrategie könnten von der deutschen Außenpolitik als angemessene Druckmittel zu Verhandlungen genutzt werden, wenn man es denn wollte. Der Fall Khashoggi sollte ein Weckruf für die deutsche Außenpolitik sein, aber wird man ihn in Berlin auch hören? 🌐

Anne Klinnert

geb. 1986, Politologin und Kunsthistorikerin, Doktorandin an der Universität Potsdam, Stellvertretende *WeltTrends*-Chefredakteurin

a.klinnert@welttrends.de



Majd El-Safadi

geb. 1997, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie, Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes und Fulbright-Alumni, Redaktion *WeltTrends*

majd.elsafadi@welttrends.de

